



**Postulat von Simon Leuenberger
betreffend Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung über den Bevölkerungsschutz für junge Schweizerinnen, Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Zug vom 13. Mai 2023**

Kantonsrat Simon Leuenberger, Menzingen, hat am 13. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, Massnahmen für eine obligatorische Einführung einer Sicherheitsveranstaltung über den Bevölkerungsschutz für nicht militärdienstpflichtige Schweizerinnen sowie Ausländerinnen und Ausländer zu prüfen.

Begründung:

Der Bevölkerungsschutz ist wichtig, das wissen wir spätestens seit der Corona-Pandemie. Der Zivilschutz und weitere Organisationen sorgen nicht nur bei Krieg, sondern auch bei (Natur-)Katastrophen und Notlagen in der Bevölkerung für Hilfe. Nebst dem Schutz der Bevölkerung werden wichtige Aufgaben wie Unterstützung der Polizei, das gemeindliche Feuerwehrgewesen, Rettung zu Wasser und zu Land (SLRG), Unterstützung im Gesundheits- und Sanitätswesen, in technischen Betrieben beziehungsweise Infrastrukturen sowie im Kulturgüterschutz übernommen. Der Kanton Zug verfügt mit dem Ausbildungszentrum (AZ) Schönau in Cham über eine gut ausgestattete Ausbildungsanlage und bietet zahlreiche Aus- und Weiterbildungen an.

Aktuell ist es so, dass Männer mit Schweizer Bürgerrecht im Hinblick auf den Militärdienst im Rahmen des verpflichtenden Orientierungstags der Armee auch über das gesamte Bevölkerungsschutzsystem inklusive den Zivilschutz informiert werden. Frauen können an der Orientierungsveranstaltung freiwillig teilnehmen. Da sie aber nicht stellungspflichtig sind, besteht kein Obligatorium.

Viele Zivilschutz- und freiwilligen Organisationen des Bevölkerungsschutzes beklagen sich über Personalmangel, aber auch über mangelndes Wissen unter jungen Menschen über ihr Angebot und die entsprechenden Ausbildungen. Frauen sind stark untervertreten, was auch damit zusammenhängt, dass sie deutlich weniger Zugang zu den Informationen über den Zivilschutz sowie weitere Organisationen und deren Ausbildungen haben. Dies führt auch zu einem Informationsdefizit, da Frauen nicht automatisch über die interessanten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten aufgeklärt werden.

In zwei Nachbarkantonen ist die Diskussion um einen verstärkten Bevölkerungsschutz und die Alimentierung von Personal auch angekommen. Der Kanton Aargau befindet sich bereits im Gesetzgebungsprozess, womit die Einführung einer Sicherheitsveranstaltung und deren Besuch für Frauen und niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer obligatorisch wird. Im Kanton Luzern beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat ein entsprechendes Postulat für erheblich zu erklären.

Der Kanton Zug soll sich ebenfalls bemühen, mehr Personen und insbesondere junge Schweizerinnen, Ausländerinnen und Ausländer für den Zivilschutz beziehungsweise für ein Engagement zu Gunsten des Bevölkerungsschutzes zu gewinnen. Im Sinne der Chancengleichheit aller Geschlechter und ausländischer Staatsangehörigkeiten soll die Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung geprüft werden. Dies mit dem Ziel, niederschweligen Zugang zu einer zusätzlichen Information über die Möglichkeiten im Zivilschutz zu bieten. Allenfalls auch mittels einer verstärkten Kooperation mit dem kantonal organisierten Orientierungstag der Armee.